

Deutsches Patent- und Markenamt

München, den 23. Mai 2003

Telefon: (0 89) 21 95 - 3489

482

Aktenzeichen: 102 56 588.0 -34
Ihr Zeichen: P802165/DE/1
Anmeldernr.: 10147403
DaimlerChrysler AG

Deutsches Patent- und Markenamt · 80297 München

DaimlerChrysler AG
Intellectual Property Management
IPM - C 106

70546 Stuttgart

Bitte Aktenzeichen und Anmelder/Inhaber bei
allen Eingaben und Zahlungen angeben!

Zutreffendes ist angekreuzt ☒ und/oder ausgefüllt

IPM/T

11. Juni 2003

z. Kenntnis

Ablage ☐ Akte ☐

Frist 11.10.03

Prüfungsantrag, Einzahlungstag am 04. Dezember 2002

Eingabe vom _____ eingegangen am _____

Die Prüfung der oben genannten Patentanmeldung hat zu dem nachstehenden Ergebnis geführt.

Zur Äußerung wird eine Frist von

vier Monat(en)

gewährt, die mit der Zustellung beginnt.

Für Unterlagen, die der Äußerung gegebenenfalls beigelegt werden (z. B. Beschreibung, Beschreibungsteile, Patentansprüche, Zeichnungen), sind je zwei Ausfertigungen auf gesonderten Blättern erforderlich. Die Äußerung selbst wird nur in einfacher Ausfertigung benötigt.

Werden die Beschreibung, die Patentansprüche oder die Zeichnungen im Laufe des Verfahrens geändert, so hat der Anmelder, sofern die Änderungen nicht vom Patent- und Markenamt vorgeschlagen sind, im Einzelnen anzugeben, an welcher Stelle die in den neuen Unterlagen beschriebenen Erfindungsmerkmale in den ursprünglichen Unterlagen offenbart sind.

- Text siehe nächste Seite -

Hinweis auf die Möglichkeit der Gebrauchsmusterabzweigung

Der Anmelder einer mit Wirkung für die Bundesrepublik Deutschland eingereichten Patentanmeldung kann eine Gebrauchsmusteranmeldung, die den gleichen Gegenstand betrifft, einreichen und gleichzeitig den Anmeldetag der früheren Patentanmeldung in Anspruch nehmen. Diese Abzweigung (§ 5 Gebrauchsmustergesetz) ist bis zum Ablauf von 2 Monaten nach dem Ende des Monats möglich, in dem die Patentanmeldung durch rechtskräftige Zurückweisung, freiwillige Rücknahme oder Rücknahmefiktion erledigt, ein Einspruchsverfahren abgeschlossen oder - im Falle der Erteilung des Patents - die Frist für die Beschwerde gegen den Erteilungsbeschluss fruchtlos verstrichen ist. Ausführliche Informationen über die Erfordernisse einer Gebrauchsmusteranmeldung, einschließlich der Abzweigung, enthält das Merkblatt für Gebrauchsmusteranmelder (G.6181), welches kostenlos beim Patent- und Markenamt und den Patentinformationszentren erhältlich ist.

**Annahmestelle und
Nachtbrieffkasten
nur
Zweibrückenstraße 12**

Hauptgebäude:
Zweibrückenstraße 12
Zweibrückenstraße 5-7 (Breiterhof)
Markenabteilungen:
Cincinnatistraße 64
81534 München

Hausadresse (für Fracht):
Deutsches Patent- und Markenamt
Zweibrückenstraße 12
80331 München

Telefon: (089) 2195-0
Telefax: (089) 2195-2221
Internet: <http://www.dpma.de>

Bank:
Landeszentralbank München
Kto.Nr.: 700 010 54
BLZ: 700 000 00

2401.1
.02

S-Bahnanschluss im
Münchner Verkehrs- und
Tarifverbund (MVV):



Zweibrückenstr. 12 (Hauptgebäude):
Zweibrückenstr. 5-7 (Breiterhof):
S1 - S8 Haltestelle Isartor

Cincinnatistraße:
S2 Haltestelle Fasangarten
Bus 98 / 99 (ab S-Bahnhof Giesing) Haltestelle Cincinnatistraße

In diesem Bescheid sind folgende Entgegenhaltungen erstmalig genannt
(Bei deren Nummerierung gilt diese auch für das weitere Verfahren):

1. DE 101 07 583 A1
2. DE 196 39 826 A1
3. DE 100 46 631 A1

In der Entgegenhaltung 1 ist ein Verfahren zur Batteriezustandserkennung für ein Kraftfahrzeug beschrieben, bei dem die Spannung der Kraftfahrzeugbatterie beim Startvorgang des Verbrennungsmotors gemessen und daraus ein minimaler Spannungspegel bestimmt wird (vgl. Patentansprüche 1 und 2). Dort ist also wie beim Verfahren nach dem vorliegenden Patentanspruch 1 keine Messeinrichtung für den Batteriestrom erforderlich.

Die verbleibenden Merkmale des Patentanspruchs 1 betreffen die Steuerung des Generators. Die damit zusammenhängenden Maßnahmen haben jedoch nichts mit einem Verfahren zur Batteriezustandserkennung zu tun. Diese Merkmale können somit keinen Beitrag zur Kennzeichnung des beanspruchten Verfahrens leisten. Ferner ist für den Fachmann nicht zu erkennen, wie mit den angegebenen Maßnahmen eine ausreichende Versorgung des Bordnetzes und eine ausreichende Ladung der Kraftfahrzeugbatterie gewährleistet ist wobei zugleich der Kraftstoffverbrauch und der Emissionsausstoß optimiert werden soll.

Zum Stand der Technik wird hierzu auf die Entgegenhaltung 2 hingewiesen. Danach ist es bekannt, unter Berücksichtigung des Ladezustandes der Batterie den Generator vorzugsweise dann zu betreiben, wenn der spezifische Kraftstoffverbrauch der Verbrennungskraftmaschine für die Stromerzeugung günstig ist. Hierbei werden Betriebskenngrößen des Verbrennungsmotors berücksichtigt (vgl. Sp. 2 Z. 3 bis 68). Vergleichbare Maßnahmen sind beim Verfahren nach dem vorliegenden Patentanspruch 1 nicht vorgesehen und auch den übrigen Unterlagen nicht zu entnehmen. Es bleibt also offen, durch welche Maßnahmen der Kraftstoffverbrauch und der Emissionsausstoß im vorliegenden Fall optimiert werden kann. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Gesamtenergieumsatz durch die Energieabnahme der elektrischen Verbraucher fest vorgegeben ist. Die benötigte elektrische Energie muss

vom Generator unabhängig von einer Zwischenspeicherung in der Kraftfahrzeugbatterie immer bereitgestellt werden. Der hierfür erforderliche Energieaufwand ist somit unabhängig von der Bewertung des Ladezustands der Kraftfahrzeugbatterie.

Der vorliegende Patentanspruch 1 läßt demnach gegenüber dem Stand der Technik keine Problemlösung erkennen, die auf erfinderischer Tätigkeit beruht.

Die auf den Patentanspruch 1 rückbezogenen Ansprüche 2 bis 12 lassen gegenüber dem vorliegenden Stand der Technik ebenfalls keine erfinderischen Maßnahmen erkennen.

Im Patentanspruch 8 ist unklar, was im vorliegenden Zusammenhang unter „Rekuperationsniveau“ zu verstehen ist. Der Fachmann versteht unter dem Begriff „Rekuperation“ bei Kraftfahrzeugen die Zurückgewinnung von kinetischer Energie beim Bremsen indem bspw. in diesem Fahrzustand bevorzugt elektrische Energie erzeugt wird (vgl. z.B. Entgegenhaltung 3 Sp. 1 Z. 21 bis 32). Dem entsprechende Maßnahmen sind jedoch den vorliegenden Unterlagen nicht zu entnehmen, so dass unklar bleibt, welcher Spannungswert mit „Rekuperationsniveau“ gemeint ist.

Für die Vorrichtungsansprüche 13 bis 17 gelten die obigen Ausführungen sinngemäß.

Aufgrund der vorliegenden Unterlagen kann demnach eine Patenterteilung nicht in Aussicht gestellt werden.

Prüfungsstelle für Klasse B 60 R



Ausfelder

Hausruf: 2814

Anlage:

Ablichtung von 3 Entgegenhaltungen

Sc